Ministerialverordnung № xx/2024
vom xxx

Zusammenfassung: Die Festlegung der Bedingungen, unter denen die Arbeiten für die Erweiterung, Änderung oder Rekonstruktion von Gebäuden von der Erstellung eines Beurteilungsberichts über die Erdbebenanfälligkeit abhängig sind, sowie die Situationen, in denen die Vorbereitung einer erdbebensicheren Auslegung erforderlich ist.

Gemäß Artikel 3 Absatz 1 des **Gesetzesdekrets № XX/2024 vom (...) (...)** legt die Regierung auf Anordnung des für Bau- und Wohnungswesen zuständigen Regierungsmitglieds die Bedingungen fest, unter denen die Arbeiten zur Erweiterung, Änderung oder Rekonstruktion von Gebäuden der Erstellung eines Beurteilungsberichts über die Erdbebenanfälligkeit unterliegen, sowie die Situationen, in denen die Vorbereitung eines Entwurfs der Erdbebenverstärkung gemäß Absatz 2 desselben Artikels erforderlich ist.

Deswegen:

Gemäß Artikel 3 des **Gesetzesdekrets № XX/2024 vom (...) (...)** ordnet die Regierung Folgendes an: durch die **Staatssekretärin für Wohnungswesen** in Ausübung der ihr von dem **Minister für Wohnungswesen** mit der Verordnung № **(...)/2024 vom (...) (...)** veröffentlicht im *Portugiesischen Amtsblatt*, 2. Serie, № **(...) vom (...) (...)** 2024:

Artikel 1

Bewertung der Erdbebenanfälligkeit von Gebäuden

1 - Sie müssen einen Bericht über die Bewertung der Erdbebenanfälligkeit von Gebäuden erstellen, in dem ihre Widerstandsfähigkeit gegen seismische Aktivitäten gemäß NP EN1998-3 für Standortbedingungen für Erweiterungs-, Änderungs- oder Wiederaufbauarbeiten festgelegt wird, sofern diese sich außerhalb eines Gebiets mit geringer Seismizität oder sehr geringer Seismizität gemäß NP EN 1998-1 befinden, unabhängig vom Datum des ursprünglichen Baus und der Nutzung des Gebäudes, wenn eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist:

- a) Es gibt deutliche Anzeichen für eine Verschlechterung der Gebäudestruktur;
- b) Arbeiten, die das bauliche Verhalten des Gebäudes verändern;
- c) Die Arbeiten an Gebäuden, deren Zielfläche im Grundriss unter Berücksichtigung der Erweiterungs-, Umbau- und Umbauflächen 25 % der Bruttofläche des Gebäudes oder des angestrebten Bauabschnitts übersteigt, sofern diese aus mehreren Abschnitten bestehen;
- d) Bauarbeiten an Gebäuden der nach NP EN 1998-1 definierten Bedeutungsklassen III oder IV 1, die Fläche der Erweiterung, Veränderung und Rekonstruktion, deren im Grundriss gemessene Fläche mehr als 15 % beträgt der Bruttobaufläche des Gebäudes oder des Zielkörpers dieses Gebäudes, wenn dieses aus mehreren Abschnitten besteht.

2 – Bauleistungen mit geringer städtebaulicher Relevanz und Instandhaltungsarbeiten sind vom vorstehenden Absatz ausgenommen.

3 – Die Bewertung der Erdbebenanfälligkeit wird für die endgültige Anordnung des Gebäudes durchgeführt, die sich aus den Erweiterungs-, Umbau- oder Rekonstruktionsarbeiten und dessen Gesamtstruktur ergibt, wobei Analysen von Teilen des Gebäudes nicht zulässig sind.

4 – Die Erstellung des Berichts über die Erdbebenanfälligkeit des Gebäudes wird aufgehoben, wenn der Konstrukteur beschließt, einen strukturellen Entwurf des Gebäudes vorzulegen, der Erdbebenverstärkung umfasst.

5 – Bau- und Wiederaufbauarbeiten nach dem vollständigen oder teilweisen Abriss eines Gebäudes sind vom Beurteilungsbericht über die Erdbebenanfälligkeit ausgenommen und sollten Gegenstand eines strukturellen Entwurfs sein, der auch die nicht abgerissenen Teile abdeckt.

6 – Angesichts der vorhandenen Informationen über die Merkmale des Gebäudebestands und der Ergebnisse von Erdbebenanfälligkeitsstudien, die für 90 % der in NP EN1998-3 festgelegten Maßnahmen ein zufriedenstellendes Niveau der baulichen Sicherheit gewährleisten, können Gemeinden Gebäude ermitteln, die im Zuge von Erweiterungs-, Umbau- oder Umbauarbeiten von einer Bewertung der Erdbebenanfälligkeit ausgenommen sind, sofern die Annahmen der ersten Studie beibehalten werden und es keine Arbeiten gibt, die das strukturelle Verhalten des Gebäudes verändern.

7 – Es liegt in der Verantwortung des Nationalen Labors für Bauingenieurwesen, I.P., konstruktive Vorkehrungen oder Methoden der beschleunigten Erdbebenanfälligkeitsanalyse zu veröffentlichen oder zu genehmigen, welche die Erstellung des in Absatz 1 dieses Artikels vorgesehenen Berichts für bestimmte Arten von Gebäuden, Orten und Interventionsarten unterstützen.

8 – Um die Verbreitung glaubwürdiger Informationen und ein besseres Wissen über die Erdbebenanfälligkeit öffentlicher Gebäude zu fördern, werden die von öffentlichen Stellen geförderten Berichte zur Bewertung der Erdbebenanfälligkeit an die Gemeinde, in der sich die Arbeit befindet, und an die Nationale Behörde für Not- und Katastrophenschutz (ANEPC) übermittelt und sind auf der Website der öffentlichen Einrichtungen, die Eigentümer der Gebäude sind, abrufbar.

Artikel 2

Konstruktionen zur Erdbebenverstärkung von Gebäuden

1 – Wenn die Bewertung der Erdbebenanfälligkeit des Gebäudes zu dem Schluss kommt, dass das Gebäude die Sicherheitsanforderungen für 90 % der in NP EN1998-3 festgelegten Maßnahmen nicht erfüllt, ist es zwingend erforderlich, einen Entwurf für die Erdbebenverstärkung nach dieser Norm und unter Berücksichtigung der gesamten in dieser Norm festgelegten Maßnahme vorzubereiten.

2 – In Gebäuden, die in klassifizierten Sätzen oder im Prozess der Einstufung im nationalen Interesse oder im öffentlichen Interesse, in denen ein Erdbebenverstärkungsentwurf obligatorisch ist, eingestuft oder aufgenommen werden, sollten nicht-schädliche Maßnahmen ausgewählt werden, die den Vermögenswert dieser Gebäude nicht gefährden, die eine schrittweise Verbesserung des seismischen Verhaltens, vorbehaltlich der vorherigen verbindlichen Stellungnahme der portugiesischen Einrichtung für das kulturelle Erbe [Património Cultural, I.P.] fördern.

3 – In Gebäuden mit architektonischem Wert und im städtischen Kontext, die sich in Schutzgebieten von unbeweglichen Gegenständen befinden, die sich im Verfahren der Einstufung befinden, oder im nationalen Interesse oder im öffentlichen Interesse eingestufte Immobilien, in denen ein Entwurf für Erdbebenanfälligkeit obligatorisch ist, sollten Maßnahmen gewählt werden, die den architektonischen Wert und die Gestaltung dieser Gebäude, die fortschreitende Verbesserung des seismischen Verhaltens vorbehaltlich der vorherigen verbindlichen Stellungnahme des Kulturerbes, der I.P. oder der territorial zuständigen regionalen Koordinierungs- und Entwicklungskommission nicht beeinträchtigen.

Artikel 3

Aufhebung

Das Dekret № 302/2019 vom 12. Dezember wird aufgehoben.

Artikel 4

Inkrafttreten

Diese Ministerialverordnung tritt ab dem (...) (...) 2024 in Kraft.

Staatssekretär für Wohnungswesen, (...), am (...) vom (...) 2024.